

## Ökonomen

### Flüchtlinge stimulieren die deutsche Wirtschaft

**Fast zwanzig Milliarden Euro haben die Bundesländer 2016 für Flüchtlinge ausgegeben. Deutschen Ökonomen zufolge ist die Wirtschaft deshalb um 0,3 Prozent gewachsen - und langfristig ist der Effekt noch größer.**

Die Milliardenausgaben für **Flüchtlinge** und deren eigener **Konsum** erhöhen nach Einschätzung von Ökonomen dauerhaft das Wirtschaftswachstum. "Die staatlichen Ausgaben für Geflüchtete haben im Jahr 2016 das Wirtschaftswachstum um etwa 0,3 Prozent erhöht", sagte der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), **Marcel Fratzscher**, der "Rheinischen Post".

"Die staatlichen Leistungen für Geflüchtete wirken wie ein kleines Konjunkturprogramm, denn ultimativ kommen sie vor allem deutschen Unternehmen und Arbeitnehmern durch eine höhere Nachfrage zugute." Der positive Effekt der Geflüchteten auf die Wirtschaftsleistung könne langfristig sogar bei 0,7 Prozent Wachstum pro Jahr liegen.

Ifo-Chef **Clemens Fuest** wies darauf hin, dass die Geflüchteten auch den privaten Konsum steigen lassen. "Beides stimuliert die Binnenkonjunktur", sagte er.

Gleichzeitig wird die Flüchtlingskrise die Länderhaushalte auch im Jahr 2017 stark belasten. Für das kommende Jahr rechnen die Bundesländer mit Flüchtlingsausgaben in Höhe von 15,6 Milliarden Euro, wie das "Handelsblatt" unter Berufung auf die 16 Länderfinanzministerien berichtet. In diesem Jahr liegen die Kosten bei 19,85 Milliarden Euro.

Mit Abstand am meisten wird der Zeitung zufolge Nordrhein-Westfalen für Flüchtlinge ausgeben. Das bevölkerungsreichste Bundesland plane Ausgaben in Höhe von 4,2 Milliarden Euro ein. Dahinter folgten Hessen mit 1,6 Milliarden Euro, Bayern und Baden-Württemberg mit jeweils 1,5 Milliarden Euro. Die geringsten Kosten fallen dem "Handelsblatt" zufolge mit 95 Millionen im Saarland an.

Trotz Entlastungen durch den Bund von rund zehn Milliarden Euro in diesem Jahr sind die Länder zu einem großen Teil mit ihrer Finanzausstattung unzufrieden, da sie noch immer zwei Drittel der Flüchtlingskosten trügen, heißt es in dem Bericht.

Die Länder hätten immer das Ziel gehabt, dass der Bund die Hälfte der Kosten übernimmt. Auch große Länder wie NRW oder Bayern fordern demnach eine stärkere Beteiligung des Bundes. So fielen neben der Versorgung weitere Kosten der **Integration**, insbesondere im Zusammenhang mit dem Familiennachzug, an.